

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 3-4/2023



- Diesmal u. a.:
- Krieg in Nahost
 - Klimakatastrophe
 - Soziale Verteidigung
 - Ziviles Peacekeeping

Inhalt

Christine Schweitzer Der Gaza-Krieg.....	3
Renate Wanie Umweltaktivismus – Aktionsformen und Umgang mit Repression.....	5
Julian Böttcher Klimawandel, Krieg und Flucht.....	7
Outi Arajärvi Klima im Kreuzfeuer	9
Nele Anslinger Gewaltfreiheit gestern und heute	11
Christine Schweitzer Was heißt eigentlich „Rechtsoffenheit“?	13
Stephan Brües Wehrhaft ohne Waffen	15
Barbara Müller Konfliktbearbeitung und Soziale Verteidigung.....	17
Christine Schweitzer Ziviles Peacekeeping	19
Ute Finckh-Krämer „Unser Haus“: Weiter zwischen allen Stühlen.....	21
Ankündigung der Jahrestagung 2024	

Impressum

Rundbrief Nr. 3-4/2023

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 facebook.com/BSV.Frieden
📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art+image GmbH & Co. KG

Auflage: 3.900

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Fridays for Future am 27.9.2019 in Erfurt. Foto: Tobias Möritz - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=82834473>

Editorial

Liebe Leser*innen,

„Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein. (...) Maßstab hierfür ist jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht.“ So Verteidigungsminister Pistorius in den Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Mitte November veröffentlicht wurden. Sind wir wirklich auf dem Weg in einen Dritten Weltkrieg? Wann wird aus den verschiedenen Brandherden – Ukraine, Israel-Palästina, Libanon, Nordsyrien, Nordirak –, um nur die geografisch naheliegendsten zu nennen, ein großer Krieg? Ist es das, was Pistorius im Kopf hat, wenn er Deutschland „wehrhaft“ machen will? Sieht er Putin in seine alte Heimat Dresden einmarschieren? Oder denkt er auch an die Klimakatastrophe und dass in Zukunft vielleicht noch mehr Menschen versuchen werden, nach Europa zu gelangen, weil sie in ihrer Heimat nicht mehr leben können? Die militärische „Flüchtlingsabwehr“ durch Frontex – mit starker deutscher Beteiligung – wird bekanntlich schon jetzt immer weiter ausgebaut. Alles keine guten Nachrichten und Aussichten für die kommenden Jahre. Die Aufgabe, Gewaltfreiheit als Mittel der Konfliktaustragung voranzubringen, ist angesichts dieser vielfältigen Bedrohungen aktueller denn je.

Einmal wieder erscheint dieser Rundbrief, der Sie und Euch hoffentlich kurz vor Weihnachten erreicht, aus Kostengründen als Doppelnummer. Wir beschäftigen uns mit verschiedenen Themen – von Klimawandel über Soziale Verteidigung und Zivilem Peacekeeping bis zur Situation von Olga Karatch.

Wir wünschen allen eine gute Lektüre und ein gutes und hoffentlich doch friedlicheres neues Jahr und denen, die Weihnachten feiern, schöne und besinnliche Feiertage!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Wer diesen Rundbrief in Zukunft lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das bitte per Email an info@soziale-verteidigung.de mit.



Foto:
Die von Israel gebaute
Grenzmauer 2012.
© Lucas A. Hofer,
CC BY 2.0 DEED

Der Gaza-Krieg

Gewalt stoppen, Gerechtigkeit schaffen

In der Nacht auf den 7. Oktober 2023 überfielen Kommandos der Hamas grenznahe Orte in Israel, das israelische Militär wurde total überrascht. Den begleitenden tausenden von Raketen war die israelische Luftabwehr, der „Iron Dome“, nicht gewachsen. Den Massakern der Terroristen sind geschätzt 1.200 Menschen erlegen, darunter viele Jugendliche und junge Erwachsene, die ein Musikfestival besucht hatten. 5.431 Menschen wurden verletzt.¹ Die Hamas filmte ihre Gräueltaten und stellte sie nach Manier des Islamischen Staats stolz ins Netz. Rund 250 Menschen wurden in den Gazastreifen verschleppt; zum Zeitpunkt der Redaktionslegung dieses Hefts sind noch nicht alle freigelassen worden, viele werden weiter vermisst.

International war das Entsetzen über den Terroranschlag groß, auch wenn sich von Anfang an auch Stimmen erhoben, die auf die über 50-jährige Besatzung, die immer weiter zunehmende illegale Landnahme in der Westbank und die fast totale Isolation des Gazastreifens hinwiesen. Anfänglich mochten viele besonders in Deutschland das nicht hören. Bundeskanzler Scholz wurde nicht müde, zu betonen, dass Deutschland fest an der Seite Israels stehe. Doch je länger der Krieg anhält, besonders seit der Bodenoffensive der israelischen Verteidigungstreitkräfte Ende Oktober, umso größer wird die Besorgnis und die Kritik am israelischen Vorgehen.

Die Zahl der zivilen Opfer im Gazastreifen, aber auch in der Westbank, steigt von Tag zu Tag. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit dem Terroranschlag der Hamas im Gazastreifen bis zum 10. November 11.078 Menschen den israelischen Angriffen erlegen, 27.490 wurden verletzt.² In einem israelischen „Arbeitsdokument“ wird überlegt, alle Palästinenser*innen aus dem Gazastreifen



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
beim Bund für Soziale
Verteidigung.

1 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>
2 ebda



Foto links:

Wahlkampfplakat der Hamas in Ramallah (Westbank) 2007.

© Hoheit, CC BY-SA 2.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5638738>

Foto rechts:

Olivenbäume im Frühling. Solche Bäume werden derzeit von israelischen Siedlern massenhaft abgehackt.

© Christian Sterzing, Heinrich Böll Stiftung, CC BY-SA 2.0 DEED

zu vertreiben und auf der Sinai-Halbinsel anzusiedeln.³ Und in der Westbank haben sich radikale Siedler*innen bewaffnet und begonnen, Menschen aus ihren Dörfern zu vertreiben.⁴ Die Anzeichen für ethnische Säuberung, eines der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, werden immer deutlicher.

Der Bund für Soziale Verteidigung hat direkt nach dem Anschlag diese kurze Erklärung verfasst, die auch jetzt im Dezember noch aktuell ist:

Der Bund für Soziale Verteidigung ist entsetzt über den Angriff auf Israel. Die Gewalt des Terrors gegen Bürger*innen in Israel ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir appellieren an die Hamas, ihre Kampfhandlungen sofort einzustellen und alle Geiseln unversehrt freizulassen.

Wir appellieren auch an die Regierung Israels, das Leben der Menschen im Gazastreifen und den anderen besetzten palästinensischen Gebieten zu schützen und auf Racheakte zu verzichten. Der Nahost-Konflikt ist durch die Jahrzehnte währende Spirale aus Gewalt, Rache, Terror und Krieg nicht zu lösen. Wir rufen alle Staaten, die jetzt ihre Solidarität mit einer Seite des Konflikts erklären, auf, sich zusammzusetzen und sich mit den Vereinten Nationen oder in jedem anderen geeigneten internationalen Rahmen für eine nachhaltige Lösung des Konfliktes einzusetzen. Das ist der einzige Weg zum Frieden.

Es gibt in Israel wie in Palästina viele Menschen, die sich gewaltfrei für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen. So versuchen z.B., während dieser Artikel im November geschrieben wurde, israelische Aktivist*innen zusammen mit internationalen Schutzbegleiter*innen, die Vertreibung der Bewohner*innen zweier Dörfer in der Westbank zu verhindern, indem sie sich in dem Ort aufhalten.⁵

Ein Gedanke noch zum Schluss: Der Widerstand gegen die israelische Besetzung könnte auch als Soziale Verteidigung gesehen werden. Doch er macht deutlich, wie schwierig SV ist, wenn das Ziel der Besatzer nicht die politische Beherrschung, sondern letztlich die Gewinnung von Siedlungsgebieten ist – die palästinensische Bevölkerung stört in den Augen der extremistischen Siedler*innen da nur.

3 <https://taz.de/Krieg-im-Gazastreifen/!5966908/>

4 Spiegel Online vom 14.11.23

5 <http://zope.gush-shalom.org/home/en/events/1464389870>



Umweltaktivismus – Aktionsformen und Umgang mit Repression

Bericht vom BSV-Fachgespräch

Am 28.10.2023 fand in Soest im Kontext unseres von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW geförderten Bildungsprojekts „Solidarität entdecken und leben“ ein Fachgespräch statt. Rund 30 Personen nahmen teil.

Georg Adelman (aktiv bei den Psychologists for Future) begann seinen einleitenden Vortrag mit der Feststellung, dass die Realität der Klimakrise inzwischen die Vorstellungskraft überhole. Eine Weltkarte mit den ansteigenden Temperaturen belegt die weltweite Bedrohung. Ist das der Beginn des menschengemachten Klimawandels mit katastrophalen Wirkungen wie eine unkontrollierte globale Erwärmung? Der Appell bleibt: „Jetzt wandeln, jetzt handeln!“

Er wies darauf hin, dass Krisen auch immer gesundheitliche Herausforderungen mit sich brächten. Die Resilienz sei begrenzt, irgendwann „reiße das Gummiband“. Psychische Folgen der sozial-ökologischen Krisen werden als Solastalgie bezeichnet, ein belastendes Gefühl des Verlustes, wenn die Veränderung oder Zerstörung des eigenen Lebensraums direkt miterlebt wird. Aktuell herausfordernd sind die unterschiedlichen Folgen des Klimawandels im Süden im Vergleich zum Norden.

Die Teilnehmer*innen bedankten sich beeindruckt von dem pointierten Vortrag des Referenten. Kritisch angemerkt wurde eine fehlende Kritik am vorherrschenden Kapitalismus, der eine der Ursachen für die zögerliche bis wegbleibende Umsetzung von Klimazielen sei.

Panel mit Aktivist*innen

Einen kurzen Input zum Konzept der Gewaltfreien Aktion als eine kämpferische Methode für aktives Eingreifen in politischen Auseinandersetzungen machte Renate Wanie. Je nach Analyse der politischen Situation können die Akteur*innen in einem 3-stufigen Eskalationsschema (nach Theodor Ebert) mit verschiedenen Aktionsformen und konstruktiven Projektideen gesellschaftliche Wirkung zeigen und zur Veränderung beitragen.

Foto links:

Das Panel am Morgen des Fachgesprächs. Von links nach rechts: Renate Wanie, Werner Philippi, Georg Adelman und Gudula Frieling.
© bsv

Foto rechts:

Polizeieinsatz gegen „Ende Gelände“ 2015.
© Tim Wagner, 350 org, CC BY 2.0 DEED



© Privat

Autorin:

RENATE WANIE

ist BSV-Vorstandsmitglied und freie Aktions- und Zivilcourage-Trainerin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion.



Foto links:
Ehrung der Opfer des
Bürgerkriegs in Kolumbien.
© Aníara,
CC BY-SA 2.0 DEED

Foto rechts:
Zerstörung des Regenwalds
durch Lehmabbau in
Rio de Janeiro.
© Alex Rio Brazil -
Eigenes Werk, Gemeinfrei,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=8137519>

Auf dem Panel kamen zwei Aktivist*innen mit Georg ins Gespräch. Das Ziel der Aktivitäten von Gudula Frieling, Klimatologin und Last Generation, ist, zu verhindern, dass die Themen rund um das Klima schön-geredet werden. Dabei ist für sie ganz zentral, auf der Straße präsent zu sein.

Werner Philippi ist aktiv bei Extinction Rebellion in Köln. Er präsentierte seine besondere Form des Protestes mit einem Stahlrohr, die der Polizei das Wegtragen erheblich erschwert.

Nach der Mittagspause schlossen sich drei Arbeitsgruppen an:

„Repression durch Polizei, wie verhindern und entgegenzutreten?“ war der Titel der (Online-) AG von Tina Keller, Referentin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie. Sie klärte über Rahmenbedingungen bei Demonstrationen und die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse auf, wie z.B. die Zunahme und Verschärfung von Polizei- und Versammlungsgesetzen mit restriktiverer Umsetzung, inkl. der Ausweitung der polizeilichen Befugnisse, wie Personalien überprüfen und Videoüberwachung während Versammlungen. Um die Repressionen zu verringern, ihr entgegenzutreten oder auch ihre Folgen abzumildern, stellte Tina Keller vier mögliche Vorgehensweisen vor: bereits in der Vorbereitung (z. B. Bezugsgruppen bilden), in der Aktion (Kontaktperson zur Polizei, journalistische Begleitung) und in Gewahrsam (meine Rechte kennen) sowie im Nachgang (Ermittlungsausschuss anrufen). Wesentliches Ziel ist es, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu verteidigen.

Isabelle Jänicke informierte über juristische Verfahren infolge von Repression, die nicht zu verhindern seien. Doch können Gerichtsverhandlungen von den betroffenen „Aktivisti“ durch vorbereitete „Inszenierungen“ von einem gewissen Nutzen sein, wie z. B. Zuschauende aus den Netzwerken einbeziehen oder auch in Revision gehen.

Klimaaktivismus im Globalen Süden und wie er unterstützt werden kann war das Thema von Heike Kammer von peace brigades international (pbi). Sie berichtete von immer mehr Umweltaktivist*innen in mittel- und südamerikanischen Ländern, die von pbi begleitet werden. Dort sei das Risiko, angegriffen zu werden, höher und könne so weit gehen, dass beispielsweise juristische Anklagen auf der Grundlage von konstruierten Fällen durchgeführt werden. Auch europäische Konzerne spielen dabei eine Rolle, wie z. B. Siemens.

In der Schlusssprache im Plenum ging es dann nochmal um die verschiedenen Aktionsformen der Klimaschutzbewegung. Deutlich wurde, dass es unterschiedliche Einschätzungen zur Wirksamkeit direkter Aktionen („Klimakleben“) gab. Aber einig waren sich alle, dass die Klimakatastrophe politische Priorität benötigt, die sie im Moment nicht bekommt, und dass es Handeln aus der Zivilgesellschaft bedarf, das zu ändern!



Foto links:
Mahnwache gegen die
Bombardierung Libyens
durch NATO-Truppen 2011.
© Fraktion DIE LINKE,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Protest in Hamburg 2012.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Klimawandel, Krieg und Flucht

Wie Krieg und Klimawandel eine menschliche Katastrophe in Libyen bedingte und ein erweitertes Asylsystem Klimamigration anerkennen könnte

In den letzten Monaten wurden von unterschiedlichsten Politiker*innen, wie auch vom Bundeskanzler Olaf Scholz, immer wieder die Begrenzung der Migration gefordert. Dabei sollte längst klar sein, dass Abschottung Menschen nicht davon abhält, zu fliehen. Diese fliehen u.a. vor stärker werdenden Umweltveränderungen, instabilen Lebensverhältnissen und Naturkatastrophen. Doch diese Auswirkungen des Klimawandels zählen beispielsweise in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht als Asylgrund. Das ist fatal, insbesondere wenn die Auswirkungen der Klimakrise gerade auf eine durch gewaltsame Konflikte instabile Region trifft. In der Folge führt das unweigerlich zu einer menschlichen Katastrophe: Wie in Libyen Anfang September 2023.

Am 11. September kam es durch starken Niederschlag im Osten Libyens zu großen Überschwemmungen. Besonders stark wurde die Hafenstadt Darna getroffen, in der ganze Viertel durch die Wassermassen ins Mittelmeer geschwemmt wurden. Dabei verloren mehr als 11.000 Menschen ihr Leben und machte über 40.000 Menschen obdachlos. Unter den Todesopfern sind auch zahlreiche nicht registrierte Migrant*innen. Libyen ist ein Transitland: Viele Menschen versuchen über Libyen nach Europa zu flüchten. Gerade mit Blick auf die Fluchtroute über das Mittelmeer spielt die EU eine tödliche Rolle, indem sie die libysche Küstenwache für das Abfangen und Wegsperrern der Flüchtenden finanziert und unterstützt.

Diese Naturkatastrophe ist menschengemacht und wurde durch verschiedene Faktoren verschlimmert. Auf der einen Seite werden solche Regenfälle in Libyen durch den Klimawandel 50-mal wahrscheinlicher (Zachariah 2023). Auf der anderen Seite ist das Land seit dem Sturz des Diktators al-Gaddafi 2011 aufgrund des Bürgerkriegs besonders instabil. Dies bedingte das Ausbleiben notwendiger Investitionen in wichtige Infrastruktur, sodass in Folge des Regens zwei Dämme brachen, die die Katastrophe erst ermöglichte.



© Privat

Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist politischer
Bildungsreferent im
BSV-Projekt ‚Solidarität
entdecken und leben‘.



Foto links:
Geflüchtete, die,
aus Libyen kommend,
von der Seawatch
aufgenommen wurden.
© brainbitch,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Flutkatastrophen kennen
wir auch in Deutschland
spätestens seit 2021.
Gedenkkerzen an der Ahr.
© Max Gerlach,
CC BY-SA 2.0 DEED

Die Überschwemmung in Libyen zeigt, dass Krieg nicht nur ein instabiles und tödliches Umfeld schafft, sondern auch wichtige Investitionen zur Klimaanpassung verhindert. Zum anderen verstärkt die Klimakrise die Situation in instabilen Regionen und macht so weitere bewaffnete Konflikte um Macht und übriggebliebene Ressourcen wahrscheinlicher (Mach 2019). Dies führt unweigerlich zu vermehrter Flucht aus diesen Gebieten. Hierbei flüchten die Menschen zum Großteil in nahegelegene Regionen, da sich nur die Wenigsten eine Flucht über lange Distanzen leisten können. Daher braucht es sowohl Hilfe und Unterstützung vor Ort als auch sichere Fluchtrouten nach Europa sowie eine Chance auf Asyl in sicheren Ländern.

Hierfür schlägt der Sachverständigenrat für Migration und Integration (SVR) eine Erweiterung des deutschen Asylsystems in drei Bereichen vor. Der Klima-Pass soll Bürger*innen von Staaten, die ihr Territorium verlieren, die dauerhafte Einwanderung ermöglichen. Für Migrant*innen soll mit der Klima-Card ein befristeter Aufenthalt erlaubt werden, bis ihre Herkunftsländer ausreichende Anpassungsmaßnahmen vollzogen haben. Das Klima-Arbeitsvisum soll Bürger*innen von nicht allzu stark betroffenen Ländern die Arbeit in Deutschland ermöglichen (SVR 2022).

Diese Vorschläge könnten die Situation der vom Klimawandel betroffenen Menschen entlasten und ihnen eine Perspektive geben. Ob die Umsetzung dieser Optionen allerdings ernsthaft in Erwägung gezogen wird, ist in der aktuellen Situation schwer vorstellbar. Daher bleibt festzuhalten, dass Frieden und die radikale Eindämmung der Klimakrise die nachhaltigste Chance auf ein Leben in Sicherheit und Beständigkeit für alle auf einen intakten Planeten sicherstellt.

Quellen:

Mach, K.J. et al (2019): *Climate as a risk factor for armed conflict*; Nature, Advance Online Publication.

Sachverständigenrat für Integration und Migration gGmbH (2022): *Systemrelevant: Migration als Stütze und Herausforderung für die Gesundheitsversorgung in Deutschland*, SVR gGmbH, Berlin.

Tagesschau (20.10.2023): „Wir müssen schneller Abschieben“. Kanzler Scholz zur Asylpolitik, unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scholz-abschiebungen-100.html>.

Zachariah, M. et al. (18.09.2023): *Interplay of climate change-exacerbated rainfall, exposure and vulnerability led to widespread impacts in the Mediterranean region*, Grantham Institute for Climate Change.

Klima im Kreuzfeuer

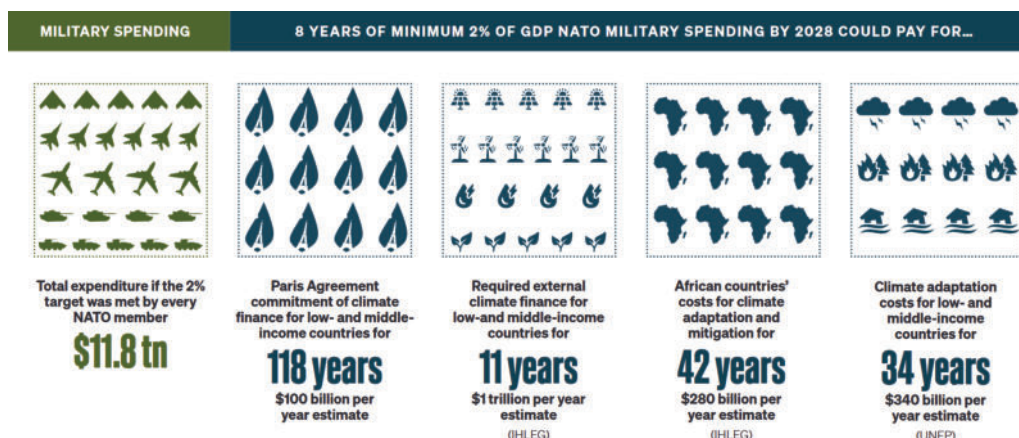
Neuer Klimabericht

Der CO₂-Fußabdruck der NATO hat sich von 196 Million Tonnen CO₂- Äquivalenten in 2021 innerhalb von zwei Jahren um 30 Millionen Tonnenauf 226 Millionen Tonnen 2023 erhöht. Das entspricht der Zulassung von acht Millionen neuen Autos oder ist so viel, wie alle europäischen zivilen Flüge zusammen verursachen.

Das analysierte die Studie „Climate Crossfire: How NATO’s 2% military spending targets contribute to climate breakdown“, die unlängst vom Transnational Institute, Stop Wapenhandel und Tipping Point North South zusammen mit dem Centre Delàs und der IPPNW Deutschland herausgegeben wurde.¹

Es ist unmöglich, den gesamten ökologischen Einfluss von Krieg zu messen, da er verschiedene Sektoren der Gesellschaft beeinflusst. Es sterben Menschen, Natur und Biodiversität leiden und es geht Infrastruktur kaputt, die Schutz gegen extreme Klimaereignisse bieten könnte. Die Studie untersucht, wie viel Klimaschäden durch Militärstützpunkte, Militärausgaben und Waffenindustrie verursacht werden.

Screenshot aus der Studie, S. 13



Die Autor*innen betonen, dass es schwierig ist, verlässliche Werte zu bekommen, denn aktuell fehlen Daten über militärische Emissionen entweder gänzlich oder sind unklar oder unvollständig. Die Wissenschaftler*innen haben die CO₂-Fußabdruck Methode genutzt. Der erste Teil der Studie berücksichtigt die mobilen Emissionen und die Emissionen der Versorgungskette (Militärausgaben x Anteil der Ausgaben für Ausrüstungen x Umrechnungsfaktor Ausgaben-Emissionen), wobei der Umrechnungsfaktor für Ausgaben-Emissionen 0,000534 t CO₂ pro Dollar beträgt. Dieser Faktor wird anhand der neuesten umfassenden Berichte der Rüstungshersteller Thales und Airbus über die Treibhausgasemissionen geschätzt. Der zweite Teil beziffert den Fußabdruck des militärischen Personals (Anzahl der Militärangehörigen x durchschnittliche stationäre Emissionen pro Militärangehörigen).

1 Lin, H.C., Buxton, N., Akkerman, M., Burton, D., de Vries, W. (October 2023), Climate crossfire: how NATO’s 2% military spending targets contribute to climate breakdown, Transnational Institute <http://www.tni.org/climatecrossfire>



@Privat

Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
ist Ko-Vorsitzende des BSV.

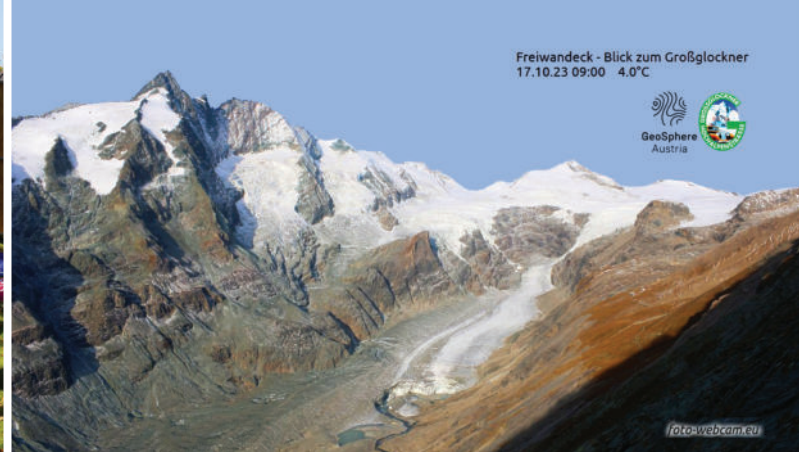


Foto links:
Protest der IPPNW in
Nörvenich gegen das
Atomkriegsmanöver
„Steadfast Noon“ 2021.
© atomwaffenfrei.jetzt,
CC BY-SA 2.0 DEED

Foto rechts:
Gletscherschmelze –
auch eine Folge des
Klimawandels.
© bratispixl,
CC BY-NC 2.0 DEED

Die NATO – ein großer Umweltsünder

Das Ergebnis: Der jährliche Fußabdruck der NATO ist höher als der von vielen einzelnen Staaten. Wenn alle NATO-Mitglieder das Ziel von 2% des BIP erreichen sollten, würde ihr kollektiver Militärausstoß zwischen 2021 und 2028 z.B. um zwei Milliarden Tonnen CO₂ höher sein als die jährlichen Treibhausgasemissionen Russlands, eines großen Erdölproduzierenden Landes.

Die USA, die mehr als 3% des BIP für das Militär ausgeben und davon mehr als 20% für Ausrüstung, verursachen dadurch einen Fußabdruck von 140 Millionen Tonnen CO₂, mehr als die 30 anderen NATO-Mitglieder zusammen. England und Frankreich haben das 2%-Ziel erreicht, und verursachen 10 Millionen Tonnen CO₂. Kanada und Deutschland, die das Ziel von 2% noch nicht erreicht haben, würden ihre Emissionen dramatisch erhöhen. Kanada müsste seine Militärausgaben verdoppeln; Deutschland würde seine Emissionen auf 10 Millionen Tonnen CO₂ erhöhen. Im Jahr 2028 wären die Emissionen 50% höher, 15 Länder müssten ihre Militärausgaben verdoppeln.

Gut für die Rüstungsindustrie: Sie verstärkt ihre Lobbyarbeit, um für die Waffenproduktion gesichert langfristige Verträge zu bekommen. Führend sind dabei BAE Systems (eine britische Rüstungsschmiede), Airbus und Thales (ein französischer Rüstungskonzern). Ihre Lobbyarbeit hat sich für die Konzerne gelohnt, nach Angaben der Europäischen Verteidigungsagentur haben sie am stärksten von dem allgemeinen Anstieg der Verteidigungshaushalte in den letzten Jahren profitiert.

Die Studie zeigt, dass das 2%-Ziel der NATO eine dramatische Bedrohung für das Klima ist. Und das weltweite Wettüben könnte in Russland, in China und in anderen Staaten ebenfalls zu höheren Militärausgaben führen.

Was man stattdessen mit dem Geld tun könnte

Außerdem führt die Studie auf, was man alles für das Klima tun könnte mit dem Geld, das ein Jahr Militärausgaben entsprechend dem 2%-Ziel der NATO kostet: So könnte man das Pariser Klimaschutzabkommen ernst nehmen und für 12 Jahre die Klimamaßnahmen von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen finanzieren, was geschätzt 100 Milliarden USD kosten würde. Oder man könnte die Kosten der afrikanischen Länder für Klimaanpassung und -abschwächung für vier Jahre übernehmen, was schätzungsweise 280 Milliarden USD pro Jahr kosten würde.

Wer die Studie lesen möchte:

<https://www.tni.org/en/publication/climate-crossfire>



Gewaltfreiheit gestern und heute

Chance oder Krise für die Friedensbewegung?

Die Friedensbewegung hat mit einem Nachwuchsproblem zu kämpfen. Aktive Gruppen überaltern und werden schon allein dadurch nicht attraktiver für jüngere Menschen – ebenso wenig wie durch ihre häufig wenig diverse Gruppenzusammensetzung (Alter, Bildung, Herkunft etc.).

Für die in den 1980ern entstandene Friedensbewegung war und ist die ethisch-moralische Komponente der Gewaltfreiheit zentral. Folgt man diesem Gedanken, ginge Frieden vor allem von der Haltung und dem Verhalten jedes Individuums aus. Dieser Ansatz hat auch durchaus seine Berechtigung. Allerdings hat dies mit den Jahren dazu geführt, dass mitunter die Fragen um die richtige Einstellung und innere Haltung zur Gewaltfreiheit den Diskurs dominieren und letztlich aktivitätshemmend wirken. Zudem erscheint die logische Konsequenz daraus - dass wir das Gewaltproblem aus der Welt geschafft hätten, wenn sich nur alle an den Verhaltenskodex der Gewaltfreiheit halten würden - wenig realistisch. Das Problem gewaltsamer Konfliktaustragung wird mit dieser Engführung zu individualistisch und undifferenziert betrachtet.

Menschen sind wie sie sind. Am besten gehen wir also damit um. Zu diesem Umgang gehört ebenso, dass Menschen sich nicht immer gemäß ihren Prinzipien verhalten.

Ab einem gewissen Punkt erscheint die Haltungsfrage damit obsolet.

Friedensbewegte Menschen jüngerer Generationen wenden sich der Bewegung oft vor allem aus Pragmatismus zu: Gewaltfreiheit ergibt einfach Sinn! Hier geht es vor allem um das Ziel, die Welt de facto friedlicher, sprich gewaltfreier, zu machen. Ob gewaltfreies Handeln dabei aus einer ethisch-moralischen Haltung kommt, aus einem Gedanken der Intersektionalität (an gewaltfreien Methoden können weitaus mehr Menschen teilnehmen) oder aus der Idee heraus, durch gewaltfreie Konfliktaustragung die Waffenindustrie zu schmälern und damit CO₂ - Emissionen zu drosseln, ist dabei zweitrangig. Wichtig ist das Ergebnis: weitgehender Verzicht auf militärisch-gewaltvolle Konfliktaustragung.

Foto links:
Zweiter internationaler Klimastreik am 24.5.2019 in Leipzig. Der Altersunterschied zu üblichen Friedensdemos ist deutlich sichtbar.
© Tobias Möritz - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=79560324> CC BY-SA 2.0

Foto rechts:
Protest von „Ende Gelände“ gegen den Braunkohleabbau 2015.
© 350.org, CC BY 2.0 DEED



© Privat

Autorin:
NELE ANSLINGER
ist Koordinatorin der Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“.



Foto links:
Aktionspräsenz in
Büchel 2017. Das Durch-
schnittsalter in der
Friedensbewegung ist
deutlich höher als bei der
Klimaschutzbewegung.
© atomwaffenfrei.jetzt,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Foto rechts:
„100 Milliarden für Klima
statt Krise“ wurde beim
Klimastreik im September
2022 gefordert.
© FridaysForFuture Berlin/
Karol Roller,
CC BY 2.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=123304380>

Die Vielfältigkeit der Welt ist heute deutlich sichtbarer als noch vor einigen Jahrzehnten, als die Friedensbewegung entstanden ist. Für junge politisch engagierte Menschen sind Themen wie (Post-)Kolonialismus, Rassismus, Sexismus etc. wichtig geworden – all diese Themen haben vielfältige Überschneidungsflächen und wirken sich auf die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft aus. In kleinzelligen Diskursräumen verhandeln junge Menschen hier ihre Werte und Verhaltenskodizes – und erzielen oftmals praktische Ergebnisse (Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention, „Ehe für alle“...). Ob diese Ergebnisse bereits ausreichen oder noch verbesserungswürdig sind, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Wichtig ist der praktische Impact, der aus diesen Auseinandersetzungen erwächst.

Grundlagen positiven Friedens

Aus Sicht der Friedenswissenschaft könnte man sagen, dass in diesen Räumen die Grundlagen positiven Friedens nach Johan Galtung verhandelt werden. Es werden also nicht die Abwesenheit von Waffengewalt, deren Unterbrechung oder Verhinderung diskutiert, sondern die gesellschaftlichen Grundlagen für ein friedliches und faires Miteinander möglichst vieler unterschiedliche Gruppen ausgehandelt. Damit liegen die Ziele von linken Bewegungen und Friedensbewegung erstaunlich nah beieinander: Gerechtigkeit, Freiheit, Gewaltfreiheit.

Im Erkennen dieser gemeinsamen Ziele liegt bisher ungenutztes Potenzial zur Wiederbelebung, Aktivierung und Erneuerung der bestehenden Friedensbewegung. Umgekehrt wiederum bringen die Menschen aus der klassischen Friedensbewegung jahrzehntelange Erfahrung in zivilem Widerstand mit und können praktisches Wissen für heutige Aktivist*innen anbieten. So würden wertvolle Fähigkeiten und Erkenntnisse in gewaltfreier Konflikttransformation als Kernkompetenz der Friedensbewegung nicht mit der Zeit verloren gehen.

Eine stärkere Vernetzung von klassischer Friedensbewegung und anderen linken und emanzipatorischen Gruppen und Bewegungen aus dem Spektrum sozialökologischer Transformation könnte zudem einem weiteren hochaktuellen Konflikt in der Friedensbewegung konstruktiv begegnen: der klaren Abgrenzung gegen Gruppen am rechten Rand. Denn eine Friedensbewegung, die für sich beansprucht, unter Frieden mehr zu verstehen als nur das Schweigen von Waffen, kann nicht mit Menschen gemeinsame Sache machen, die die Grundwerte unserer Gesellschaft und damit die Grundlage positiven Friedens infrage stellen.



Was heißt eigentlich „Rechtsoffenheit“? Streit in der Friedensbewegung

In der Friedensbewegung gibt es seit 2014 eine Auseinandersetzung über die Frage der Abgrenzung zu Gruppen und Positionen, die von vielen als „rechts-offen“ oder schlicht „rechtsextrem“ eingeordnet werden. Dies begann mit den Montagsmahnwachen und der sog. „Friedensbewegung 2.0“.¹ Die Debatte ist seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wieder aufgeflammt und wurde zuletzt auch in der Jungen Welt über Leser*innenbriefe offen ausgetragen. Die Diskussionen sind zusammengefasst u.a. auch im Friedensforum nachzulesen.

Ein neues Bündnis, u.a. mit der DFG-VK, IPPNW, attac, Frauennetzwerk für Frieden, AGDF und BSV, ist 2022 unter dem Titel „Stoppt das Töten“ entstanden, das eigene Aufrufe zu eigenen Aktionen gegen den Ukraine-Krieg organisierte, mit dem expliziten Ziel, sich von anderen, als rechtsoffen wahrgenommenen Gruppen, abzugrenzen. Seine Aufrufe enden stets mit den Sätzen: „Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen eine Absage, die Journalist*innen gewaltsam angreifen, Verschwörungsmymen anhängen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus und Sexismus verbreiten.“²

Was meint „Rechtsoffenheit“?

Renate Wanie definiert im Friedensforum 5/2023: „Als „rechts-offen“ werden Parteien, Organisationen, Initiativen oder Menschen bezeichnet, die sich auch nach rechts orientieren und sich nicht bewusst abgrenzen. ...“ (S. 22)

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Mahnwachen_f%C3%BCr_den_Frieden
² <https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de/>

Foto links:
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Plakat zur
Bundestagswahl 2021.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED



© C. Werner

Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
beim BSV und u.a.
auch Redakteurin
der Zeitschrift
Friedensforum.



Foto links:
Demo in Hamburg
im Januar 2022.
© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts:
Zum Tag der
Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2023.
Laut Angabe des
Fotografen nahm
auch die AfD an dieser
Kundgebung teil.
© Kai Schwerdt, Flickr,
CC BY-NC 2.0 DEED

Um was und wen geht es?

- An Demonstrationen wie der, zu der Wagenknecht und Schwarzer am 25.2.23 eingeladen hatten, hängen sich AfDler und andere Rechte an. In Berlin wurden sowohl etliche AfD-Mitglieder wie auch der Nazi Jürgen Elsässer von „Compact“ gesichtet.³
- Eindeutig rechtsextremistische Gruppierungen wie der „Aufbruch Deutschland“ mischen auch immer wieder mit, z.B. bei den Ramstein-Protesten im vergangenen Juni. Dort ließ sich der ehemalige SPD- und ehemalige Linken-Politiker Oskar Lafontaine zusammen mit einer Frau vom „Aufbruch Deutschland“ ablichten; das Bild erschien auf Facebook.⁴
- Etwas schwieriger wird die Einordnung bei Gruppierungen wie die Mini-Partei „Die Basis“, die ebenfalls oft in diesem Zusammenhang genannt wird und u.a. Einfluss im „Friedensbündnis NRW“ hat. Die Forderungen ihrer „AG Frieden“ würden sicher auch die meisten Friedensbewegten mit gutem Gewissen mittragen können.⁵ Aber führende Politiker*innen der Partei nehmen teil an Protesten, an denen auch eindeutig rechtsextremistische Gruppierungen beteiligt sind wie die Demo in Magdeburg am 16.9.2023, auf der u.a. der Vorsitzende Sven Lingreen sprach.⁶

Es ist ein reales Problem

Unzweifelhaft bewegt sich das gesellschaftliche Klima nach rechts; populistische Forderungen, die auch schnell – gerade beim Thema Migration – in menschenfeindliche Positionen umschlagen, finden immer mehr Gehör. Es ist eine Illusion, zu meinen, dass man dadurch, dass man Rechtsorientierte einlädt oder bei denen mitmacht, die kein Problem damit haben, mit Rechten zusammen zu protestieren, einen positiven Einfluss auf sie ausüben kann.⁷ Im Gegenteil: Jedes Auftreten bei solchen Gruppen legitimiert sie, besonders wenn die entsprechenden Personen ein Standing in der Friedensbewegung haben, und trägt dadurch zur Spaltung der Friedensbewegung bei.

3 <https://www.fr.de/politik/krieg-news-russland-polizei-waffen-panzer-berlin-wagenknecht-schwarzer-frieden-demo-ukraine-zr-92109321.html>

4 <https://aufbruchdeutschland.de>, https://www.facebook.com/people/Aufbruch-Frieden-Souver%C3%A4nit%C3%A4t-Gerechtigkeit/100092325709460/?paipv=0&eav=AFYFB3OHO-Gzdoc3um55hHtx9CNohkNHquP8eGqU4EuCheNHC4GDnrOchkl-3pzliqE&_rdr. Um auf Facebook zu Lafontaine zu kommen, muss man nach (unten zum 24.6. scrollen; die Rede von Lafontaine in Ramstein ist dort übrigens auch anzuhören

5 <https://diebasis-partei.de/team/arbeitsgemeinschaften/>

6 <https://www.instagram.com/p/CyBDT0fOmFA/>, <https://www.zeit.de/news/2023-09/16/2000-menschen-bei-protesten-gegen-regierung-in-magdeburg>. Siehe auch die Verbindungen zwischen dieBasis und der Kölner Arbeiterfotografie, die ganz offen für „Querfronten“ eintritt (<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=28865>)

7 So argumentieren z.B. die Autor*innen des Papiers „Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung – Kampfbegriff oder reales Problem?“ Sie kann an verschiedenen Stellen abgerufen werden, u.a. hier. https://nie-wieder-krieg.org/2023/08/24/diskussionspapier_rechtsoffenheit/



Wehrhaft ohne Waffen

Eine Zwischenbilanz vom Oberrhein und darüber hinaus

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wurde das Thema Landesverteidigung, das in den letzten Jahren in der Sicherheitspolitik ein Schattendasein fristete, wieder aktuell. Könnte es nicht sein, dass Putin ...?

Zugleich kamen vielen Menschen Zweifel, ob die militärische Verteidigung der Ukrainer*innen, so verständlich sie auch sein mochte, angesichts der unzähligen verlorenen Menschenleben, z.B. in Mariupol, nicht einen zu hohen Preis haben würde. Gab es da nicht ein Konzept namens Sozialer Verteidigung?

Gründung

So trafen sich unter dem Arbeitstitel „SV voranbringen“ Friedensaktivist*innen, die sich seit Jahrzehnten mit Sozialer Verteidigung (SV) befassen, und manche jüngere Menschen, die erstmals davon hörten und motivierend fanden. Aus der Begegnung der Aktivist*innen entsprang im Juni 2022 im Unperfekthaus in Essen die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“. Dank eines privaten Mäzens konnte eine Arbeitsstruktur geschaffen werden. Sie besteht aus:

- einer Steuerungsgruppe für das Tagesgeschäft;
- zwei Hauptamtlichen mit je einer 25-h- Stelle, um die bundesweite Kampagne zu koordinieren; für die drei Modellregionen je eine 10-h-Stelle;
- einem Initiativkreis, der als eine Delegiertenversammlung für grundsätzliche Fragen fungiert;
- verschiedenen Arbeitsgruppen, die über Begriffe, Kommunikationskonzepte, Bildungsarbeit nachdenken oder den Austausch in den Modellregionen initiierten;
- den drei Modellregionen, die im Januar 2023 ihre Arbeit offiziell aufnahmen: in Berlin-Moabit, im Wendland und im Oberrhein;
- den Regionalgruppen, die mit Freiburg, Ulm, Augsburg, der Oberpfalz, Leine/Allertal, Essen, Rhein-Waal und, neu, im Raum Kiel viele Regionen der Republik umfassen.

Foto links:
Der Autor (rechts) bei unserer Tagung zur Sozialen Verteidigung 2023 in Hannover.
© bsv

Foto Mitte:
Beim Initiativkreistreffen der Kampagne „WoW“ in Wustrow.
© bsv

Foto rechts:
Die Revolution im Sudan war einer jener Aufstände, die man jahrzehntelang für unmöglich gehalten hätte.
© Hind Mekki,
CC BY 2.0 DEED



Autor:
STEPHAN BRÜES
ist seit 01.01.2023 Mitarbeiter der Modellregion Oberrhein, initiiert von Friedenswege e.V./ Chemins de Paix aus Offenburg; zugleich ist er Ko-Vorsitzender des BSV.

Strategien in den Modellregionen

Die drei Modellregionen sind strukturell sehr verschieden. Dennoch gibt es einige strategische Gemeinsamkeiten: Allen sind der Aufbau und die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen als Basis für den Aufbau einer Sozialen

Verteidigung wichtig. Von unten nach oben sollen die notwendigen strukturellen und methodischen Elemente aufgebaut werden, damit sich in der Bevölkerung (als Akteur von SV) ein Bewusstsein über die Wirksamkeit gewaltfreier Widerstandsformen und die konkreten Möglichkeiten ihrer Einübung entwickeln kann. Es geht darum, konkrete Handlungskonzepte für jene Probleme gemeinsam zu erarbeiten, die den Menschen in den verschiedenen Regionen auf den Nägeln brennen.

Das kann die Frage des Umgangs mit dem Atommüll im Wendland sein, der Aufbau von resilienten und autarken Gemeinschaften in Berlin-Moabit oder die Vernetzung von Bürgerenergiegenossenschaften am Oberrhein oder die Abwehr von Rechtsextremen im Elsass.

Und die Praxis am Oberrhein?

Am Oberrhein haben wir zunächst Meilensteine für 2023 festgelegt. Wir wollten einen festen Initiativkreis aus den verschiedenen Städten und Orten der Region (von Karlsruhe bis Offenburg und vom Elsass bis Freiburg), der Aktivitäten an verschiedenen Orten koordiniert.

Wir haben interne Veranstaltungen organisiert, um gezielt andere Bewegungen (z.B. Klimabewegung, Solidarische Landwirtschaft, Gewerkschaften) und Institutionen (Kirchengemeinden) über die Soziale Verteidigung zu informieren und zur Mitarbeit anzuregen. Dabei spielten wir den niedrigschwelligen

Einstiegsworkshop „Was wollen wir wie erhalten?“ durch und führten dazu in Strasbourg ein Train-the-Trainer-Workshop durch, um die Aktiven zu befähigen, in ihren Orten neue Menschen ansprechen zu können.

Zugleich wollten wir in der Öffentlichkeit erste „Duftmarken“ zum Thema setzen: auf dem Ostermarsch in Offenburg, bei einer Öko-Messe in Colmar oder bei der Tour de Natur in Friedrichshafen. In bisher drei Newslettern wurde über all dies berichtet.

Aktuell versuchen wir ein Planspiel zur Verteidigung der freien Medien zu erarbeiten, werden einen deutsch-französischen Ostermarsch von Kehl nach Strasbourg organisieren und ein „Fest des Schützenswerten“ im Bürgerpark in Offenburg gestalten, das als Markt der Möglichkeiten verschiedene Bewegungen und Institutionen unter dem SV-Schirm zusammenführen soll.

Voller Energie zu Beginn sind wir im Oberrhein durch manch kleine Täler gezogen, entdecken aber, gerade auch in den beiden anderen Modellregionen, neue Wege, denen wir folgen wollen.



Karte der „Modellregion Oberrhein“.
Quelle: wehrhaftohnewaffen.de



Konfliktbearbeitung und Soziale Verteidigung

Gewaltlose Eskalation eines verfahrenen Konflikts: der passive Widerstand im Ruhrgebiet 1923

Über Soziale Verteidigung und das historische „Paradebeispiel“ des passiven Widerstands, den sog. Ruhrkampf, ist bislang sehr verkürzt nachgedacht worden. Soziale Verteidigung wurde als ein pfiffiger und mutiger gewaltloser Widerstand verstanden. Außen vor blieben die größeren Zusammenhänge.

Doch sowohl Besetzung und Widerstand waren Akte eines größeren Dramas; für die Zeitgenoss*innen war dies insbesondere die Dramatik des jahrelangen Konfliktes um den Versailler Vertrag und seine Revision.

Zur Sozialen Verteidigung gehört auch, dass die Konfliktbearbeitung während einer Besetzung weitergeht. Unaufhörlich muss weiter darum gerungen werden, dass die Gewalt der Besetzung eingedämmt wird, dass es wieder zu Verhandlungen kommt, dass der Widerstand aufhören kann, dass es ein Zurück zu einem geregelten Miteinander gibt. Während der Widerstand gewaltfrei dramatisieren können muss, muss Konfliktbearbeitung sich um Deeskalation, um Lösungsfindung, um Problembearbeitung kümmern. Sie muss neue Verhandlungsangebote entwickeln und dafür auch die Zustimmung der eigenen Leute bekommen.

Der passive Widerstand gegen die Ruhrbesetzung 1923 zeigt, wie eng diese beiden Stränge zusammengehören, aber eben auch, dass sie nicht aufeinander bezogen und abgestimmt waren. Vor allem aber wird deutlich, dass es ganz unterschiedliche Akteure mit sehr verschiedenen Aufgaben sind, die ein Verständnis davon haben müssen, wie ihre "gewaltlose Waffe" gehandhabt werden muss. Kundige Führung und Steuerung setzt Wissen über die Zusammenhänge und um die Wirkungsweisen gewaltlosen Widerstands voraus.

Soziale Verteidigung ist nicht nur ein Widerstandskonzept. Der passive Widerstand war nichts weniger als eine komplexe gewaltlose Gesellschaftsverteidigung durch die zivilen Kräfte einer modernen demokratischen Gesellschaft. Manches Strategietreffen der damaligen Akteure kann man heute nachlesen. So berieten in einer Schlüsselsitzung am 23. 1.1923 die Spitzen der Gewerk-

Foto links:
Straßenszene irgendwo im Ruhrgebiet.
© Bundesarchiv, Bild 183-R09876 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5368221>

Foto rechts:
Einzug französischer Truppen in Essen 1923.
© Bain News Service, publisher - Library of Congress Prints and Photographs Division Washington, D.C., Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=19956517>



Autorin:
BARBARA MÜLLER
ist Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung e.V. Der aktuelle Beitrag ist Teil der Aktualisierung und Zusammenfassung der Dissertation von 1995, die im Frühjahr 2024 als eigenständige Publikation bei Irene Publishing erscheinen wird.

Foto links:
Vorbeimarsch abziehender
französischer Truppen am
Dortmunder Hauptbahn-
hof, Oktober 1924.
© Bundesarchiv,
Bild 102-00772 /
CC-BY-SA 3.0,
CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5479131>



Foto rechts:
Beisetzung von Opfern
des Ruhrkampfes.
© Bundesarchiv,
Bild 102-00036 /
CC-BY-SA 3.0,
CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5478615>

schaften mit Kabinettsmitgliedern in der Reichskanzlei. Klar ging es dort auch um den Widerstand und die Repression. Aber vor allem ging es um: Ernährungssicherung, um die Stabilisierung der Löhne und die Bekämpfung der Inflation, also die Organisation eines lange andauernden Kampfes und die Festigung des Zusammenhalts. Und dass man doch zu Verhandlungen kommen müsse damit.

Die nachfolgenden Monate sollten zeigen, dass dies die Bruchlinien waren, an denen sich das Schicksal des passiven Widerstands entschied. Vor allem die Gewerkschaften hatten ihre Kraft, Organisationsfähigkeit, Kampferfahrung und Ressourcen bis zur völligen Erschöpfung eingesetzt.



Protestplakat.
© Autor/-in unbekannt
- Haus der Deutschen
Geschichte, Gemeinfrei,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66089214>

Die Lehre daraus: Zu einer Sozialen Verteidigung gehören zentral Widerstand und Konfliktbearbeitung als die beiden Kernprozesse. Ferner gehören dazu die Überlebensfähigkeit der Gesellschaft, von der kritischen Infrastruktur bis zum Dach über dem Kopf, Essen und Trinken. Schließlich gehört der Zusammenhalt dazu, der sich darin äußert, dass es eine Sinnstiftung gibt, die möglichst viele Menschen teilen und dass diejenigen, die besonders unter Repressalien leiden, Solidarität erleben.

Soziale Verteidigung, Kriegsprävention und Konfliktbearbeitung

Wer Soziale Verteidigung so umfassend einbettet, wird aktuell sehr hellhörig. Mehr nebenbei wechselte im Oktober der Verteidigungsminister Pistorius seine Rolle vom "Verteidigungs-" zum "Kriegsertüchtigungsminister". Krieg auf deutschem Boden soll wieder vorstellbar sein, die Gesellschaft soll darauf eingestimmt werden. Hier soll - Soziale Verteidigung, sei achtsam - ein neuer Zusammenhalt vorbereitet werden: Eine Kriegsgesellschaft.

Das ist besonders irritierend vor dem Hintergrund, dass die modernen Industriegesellschaften so verletzlich sind, dass sie militärisch nicht verteidigbar sind. Hier wird die Überlebensfähigkeit der eigenen Gesellschaft vollständig ausgeblendet.

Irritierend ist ebenso, dass der Kriegsertüchtigungsminister überhaupt nicht davon spricht, wer denn genau und warum dieses Land angreifen soll. Und hier - Soziale Verteidigung, sei wachsam - ist doch Konfliktbearbeitung gefragt!

Bekommt der Herr Kriegsertüchtigungsminister seinen Willen, dann werden in den kommenden Jahren die Weichen auf Kriegsvorbereitung gestellt. Die Mittel werden bei dem wirklich entscheidenden Thema fehlen, nämlich der Transformation zu einer resilienten Gesellschaft. Und hier wird der Widerstand zählen. Es gilt, eine überlebensfähige Zukunft zu verteidigen.



Ziviles Peacekeeping

Entstehung einer „Community of Practice“

Unbewaffneter Ziviler Schutz, Schutzbegleitung oder Ziviles Peacekeeping sind drei Begriffe, die den gleichen Ansatz beschreiben: Es geht um den Schutz vor Gewalt in Kriegs- und Konfliktsituationen durch unbewaffnete, gewaltfrei handelnde - einheimische oder internationale - Friedensfachkräfte oder Freiwillige. Diese sind vor Ort präsent und wenden vielfältige Instrumente an, Menschen zu schützen. Dazu gehören u.a. Schutzbegleitung, schützende Präsenz in Dörfern, Flüchtlingslagern oder in Brennpunkten, der Aufbau von Frühwarnsystemen, aber auch Bildungsarbeit und Advocacy und politischer Druck bei/auf Regierungen oder Unternehmen. Zu den internationalen Organisationen gehören u.a.:

- Peace Brigades International (PBI), die sich auf die Schutzbegleitung von Menschenrechtsverteidiger*innen spezialisiert haben – sie sind in ihren Büros oder Gemeinschaften präsent oder begleiten sie als „unbewaffnete Bodyguards“. Sie haben Teams derzeit in Kolumbien, Guatemala, Honduras, Costa Rica, Mexiko, Kenia, Indonesien und Nepal.¹
- Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI), das vom Weltkirchenrat initiiert wurde, beobachtet und begleitet Menschen in Palästina, die gewaltfrei für ihre Rechte kämpfen. In Palästina sind auch viele weitere Gruppe aktiv.
- Cure Violence fokussiert sich auf die „Unterbrechung von Gewalt“, u.a. in sozialen Brennpunkten in den USA, wo sie Schießereien stoppen.
- Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine internationale Organisation, die teilweise über 150 Mitarbeiter*innen vor Ort hat und u.a. im Südsudan, Indonesien, Irak, USA, Philippinen, Myanmar/Thailand, Burundi und der Ukraine.²
- Eine Reihe von Peace Teams o.ä.: Meta Peace Teams, Peace Teams Washington D.C., Operazione Colomba und andere mehr, die u.a. in den USA, Israel-Palästina, Kolumbien und Albanien arbeiten.

Unbewaffneter Ziviler Schutz ist aber auch eine Praxis, die lokale Gemeinschaften zu ihrem Selbstschutz anwenden. Ihre Zahl kann kaum geschätzt werden.

1 <https://www.peacebrigades.org/about-pbi/what-we-do/>
 2 <https://nonviolentpeaceforce.org/where-we-work/>

Foto links:
 Beim Aufbau für das
 Gruppenfoto in Ferney.
 © C. Schweitzer

Foto rechts:
 Ellen Furnari, eine der
 Wissenschaftler*innen
 im Gute Praxis Projekt,
 am Empfang der Konferenz
 in Ferney (bei Genf) im
 Oktober 2023.
 © C. Schweitzer



Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
 hat diesen Prozess
 als Mitarbeiterin des
 IFGK (www.ifgk.de)
 als Dokumentarin der
 Workshops und der
 Konferenz begleitet.

Summary of Studies & Reports on Cure Violence

	YEAR	MAJOR FINDINGS	OTHER FINDINGS	RESEARCH BY
San Pedro Sula (Honduras)	2018	94% reduction in shootings	80% reduction in shootings	Cure Violence
Loiza, Puerto Rico (USA)	2016	58% reduction in killings	38% reduction in total crime	University of Puerto Rico
Halifax (Canada)	2016	100% reduction in killings	Successful adaptation	Dalhousie University
San Salvador (El Salvador)	2016	64% of clients say violent behavior has dropped	2.4 shootings prevented per month	Save the Children
Baltimore (USA)	2016	43% improvement in violence norms	Overall improvement in attitudes	Johns Hopkins University
New Orleans (USA)	2016	56% reduction in shootings	85% reduction in retaliation killings	City of New Orleans
Baltimore (USA)	2016	43% reduction in shootings	47% reduction in killings	Johns Hopkins University
New York (USA)	2015	18% reduction in killings	69% increase in control community	John Jay College of Criminal Justice
Kansas City (USA)	2014	42% reduction in killings	166 conflicts mediated	University of Kansas
Cape Town (South Africa)	2014	38% reduction in killings	32% reduction in shootings	University of Cape Town
Cookham Wood (UK)	2016	95% reduction in group attacks	50% reduction in overall violence	Cure Violence & Metropolitan Univ. of London

Zusammenfassung von Studien und Berichten von Cure Violence von Mel Duncan (NP)



Eine wachsende Gemeinschaft

Seit 2016 hat Nonviolent Peaceforce einen Prozess eingeleitet, um die „gute Praxis“ in diesem Feld, wie sie von den verschiedenen Protagonist*innen verstanden wird, zu erfassen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Nach einer Studie und einer Reihe von sechs regionalen Workshops wurde dieser Prozess im Oktober mit einer Konferenz bei Genf abgeschlossen.³ Das Ziel: Die Entstehung einer „Gemeinschaft der Praxis“ (Community of Practice) zu befördern. Es geht dabei darum, ein Bewusstsein bei den verschiedenen Organisationen zu schaffen, dass sie an „derselben Sache“ dran sind, wenn auch mit vielleicht unterschiedlichen Methoden und Philosophien, die Zusammenarbeit zu stärken und last not least gegenüber Politik und Geldgebern mehr Gewicht zu gewinnen.

In Genf wurden verschiedene Pläne geschmiedet – vom Austausch von Freiwilligen zum gegenseitigen Lernen voneinander bis zur möglichen Schaffung einer Dachstruktur. Die kommenden Monate werden zeigen, wie die Entwicklung dieser „Community of Practice“ weitergeht. Eine Dokumentation der Tagung ist in Vorbereitung.

³ <https://nonviolentpeaceforce.org/ucp-community/>

Erfolgreiche Arbeit

Eine wachsende Zahl von Studien und Evaluationen zeigt die Wirksamkeit dieses gewaltfreien Ansatzes. Zivilbevölkerung wird vor Gewalt geschützt, Gemeinschaften entwickeln erfolgreiche Strategien der Frühwarnung und der Reaktion auf mögliche Angriffe und Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltaktivist*innen etc. ist es möglich, ihre Arbeit trotz Todesdrohungen fortzusetzen. Cure Violence hat über seine Arbeit eindrucksvolle Statistiken vorgelegt (s. links).

Die Gruppen einen mehrere Prinzipien: Gewaltfreiheit, der absolute Vorrang der lokalen Akteure und der Wille, das Erbe des und Rassismus zu überwinden. Viele, nicht alle, verstehen sich als unparteiisch gegenüber einem Konflikt und berufen sich allein auf Gesetz und Völkerrecht. Andere wollen dazu beitragen, Unterdrückung zu überwinden und sehen sich auf der Seite der Unterdrückten. Manche setzen auf die abschreckende Wirkung von „die Welt schaut zu“, andere betonen mehr die Rolle von Dialog und Aufbau von Vertrauen.



Weiter zwischen allen Stühlen

Repressionen gegen die Arbeit von Nash Dom / Unser Haus – nicht nur in Belarus, sondern auch im Exil

Im BSV-Rundbrief 1/2023 hat Christine Schweitzer berichtet, dass sich Olga Karatch, die Direktorin von „Unser Haus“, im Exil in Litauen – neben der humanitären Arbeit von Nash Dom für ukrainische und belarussische Geflüchtete in Litauen – dafür einsetzt, dass ukrainische, russische und belarussische Kriegsdienstverweigerer in der EU uneingeschränktes Asyl erhalten. Gemeinsam mit Connection e.V., dem BSV und anderen europäischen Mitgliedsorganisationen der War Resisters' International (WRI) war und ist sie immer wieder an öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu diesem Thema in europäischen Hauptstädten beteiligt, insbesondere in Berlin. Unter dem Hashtag #ObjectWarCampaign bzw. auf der Webseite <https://objectwarcampaign.org/> finden sich Informationen dazu. Die nächste Aktion, an der Olga beteiligt sein wird, findet am 9. Dezember in Berlin statt.

Gleichzeitig hat Olga – wie die große Mehrheit der im Exil in Litauen lebenden Menschen aus Belarus – keinen gesicherten dauerhaften Aufenthaltsstatus, obwohl sie von den belarussischen Behörden als „Terroristin“ diffamiert und gesucht wird. Sie hat also förmlich in Litauen politisches Asyl beantragt. Das Verfahren zog sich unerwartet lang hin, es gab merkwürdige Befragungen durch die Behörden, und im Juli erfuhr Olga Karatch, dass sie als eine „Person, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Republik Litauen darstellt“ eingestuft sei, was zur Ablehnung ihres Asylantrags und ihrer Ausweisung führen könne. Eine Gruppe von Unterstützer*innen aus den Organisationen, mit denen sie in der #ObjectWarCampaign zusammenarbeitet, organisierten zunächst eine nichtöffentliche, dann eine öffentliche Kampagne, um gegen diese absurde Einstufung zu protestieren und die litauischen Behörden davon zu überzeugen, ihr einen Schutzstatus zu geben. Damit konnte erreicht werden, dass sie Ende August zumindest für ein Jahr einen Schutzstatus erhielt.¹

¹ <https://soziale-verteidigung.de/artikel/schutz-asyl-fur-menschenrechtsverteidigerin-olga-karatch>

Foto links:
Übergabe der
Unterschriften zum
Schutz von Kriegsdienstver-
weigerern in Berlin.
© Unser Haus,
<https://news.houser>

Foto rechts:
„Unser Haus“ bekommt
und verteilt auch
humanitäre
Hilfslieferungen.
© Unser Haus,
<https://news.house>



©Privat

Autorin:
UTE FINCKH-KRÄMER
ist Mitglied der
Belarus-Arbeitsgruppe
des BSV und Teil
der Kampagne
#protection4olga.



Foto links:
 Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus: Menschenketten am Straßenrand zeigen am 14. August Blumensträuße; vorbeifahrende Autos hupen in Solidarität
 © Melirius - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=93168194>

Foto rechts:
 Verleihung des Weimarer Friedenspreises an Olga Karatch 2022.
 © Jennifer Menninger

Das reicht aber nicht aus – sie steht buchstäblich auf der Abschlusliste der belarussischen Regierung², so dass die Kampagne zu ihrem Schutz unter dem Hashtag #protection4olga weiter geht.

Der unsichere Aufenthaltsstatus hindert Olga Karatch nicht daran, sich weiter für Menschenrechte in Belarus und von Belaruss*innen und für die #Object-WarCampaign zu engagieren. So hat Nash Dom einen ausführlichen Bericht zur Situation belarussischer Kriegsdienstverweigerer in Litauen veröffentlicht³, unterstützt den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte bei der Erarbeitung eines Berichts zur Situation von Kriegsdienstverweigerern in Belarus⁴ und veröffentlicht weiterhin regelmäßig Berichte über politische Gefangene in Belarus.

Eine große Ermutigung für Olga Karatch und alle, die sie unterstützen, ist die Tatsache, dass das International Peace Bureau (IPB) am 4. August Nash Dom gemeinsam mit der russischen Bewegung der Kriegsdienstverweigerer und der ukrainischen pazifistischen Bewegung für den Friedensnobelpreis 2024 nominiert hat.⁵

Die Repressionen gegen Olga Karatch fügen sich von Seiten des belarussischen Staates nahtlos in Repressionen gegen alle in der Diaspora lebenden Belaruss*innen ein, egal, ob sie jemals politisch aktiv waren oder nicht. Der neue Präsidialerlass Nummer 278 schreibt vor, dass viele Verwaltungsangelegenheiten nicht mehr in den Konsulaten oder Botschaften in den jeweiligen Gastländern geregelt werden – von der Ausstellung oder Verlängerung von Pässen bis hin zur Ausstellung von standesamtlichen Urkunden. Auch der Entzug der Staatsangehörigkeit ist möglich geworden. Das stellt die politischen Emigrant*innen vor unlösbare Probleme.⁶ Insofern ist es dringend notwendig, sich dafür einzusetzen, dass alle in der EU im Exil lebenden Belaruss*innen ein gesichertes Aufenthaltsrecht bekommen.

Wer mehr über die Arbeit von „Nash Dom“ wissen möchte, kann deren englischsprachigen oder deutschsprachigen Newsletter abonnieren oder Artikel auf ihrer Webseite (<https://news.house> - Russisch, Englisch, Deutsch) lesen.

2 vgl. <https://news.house/de/60182>

3 vgl. <https://news.house/de/60182>

4 <https://news.house/61498>

5 https://ipb.org/wp-content/uploads/2023/08/DE_IPB-PR-1-Nobel-Peace-Prize-2024-Nomination.docx.pdf

6 <https://www.dekoder.org/de/article/belarussen-exil-ausweisdokumente>



BSV-Jahrestagung (26.–28. April 2024, Göttingen)

Jenseits der Kriegslogik – Alternative Wege zum Frieden in der Ukraine

Freitag, 26.4.2024	
18.00 Uhr	Abendessen
19.00 Uhr	Begrüßung, Praktisches
19.10 Uhr	Einleitung: Was wollen wir mit dieser Tagung erreichen (BSV)
19.20 Uhr	Überblicksvortrag zu Wegen aus Kriegen in Geschichte und Gegenwart (Dr. Gbeognin Mickael HOUNGBEDJI)
20.20 Uhr	Rückfragen und kurzes Gespräch, Einladen dazu, in Kleingruppen informell weiter zu reden.
21.30 Uhr	Ende
Samstag, 27.4.2024	
07.30 Uhr	Frühstück
09.00 Uhr	Begrüßung, Einführung in den Tag, kurzer Rückblick auf Vortag, einschließlich offener Fragen (BSV)
09.15 Uhr	Sicht auf den Krieg aus dem Globalem Süden (Dr. Boniface Mabanza Bambu Referent der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Heidelberg)
10.30 Uhr	Pause
10.45 Uhr	Sicht aus der Zivilgesellschaft in den verschiedenen Ländern (Bernhard Clasen, evtl. online)
12.00 Uhr	Mittagspause
14.30 Uhr	Arbeitsgruppen a. Wie verhindern, dass der Krieg eskaliert? Eskalationsgefahren etwas entgegensetzen, wie damit umgehen (Clemens Ronnefeldt, Int. Versöhnungsbund-Dt. Zweig) b. Widerstand in den von Krieg betroffenen Ländern (Artyom Klyga, Advocacy Manager der Bewegung für Kriegsdienstverweigerung.) c. Nach dem Krieg: Wie die Folgen des Kriegs in den beteiligten Ländern bearbeiten? Versöhnung / Wiederaufbau, Können uns die Erfahrungen aus dem Westbalkan etwas lehren? (Duška Borovac Knabe, Mennonitisches Friedenszentrum Berlin) d. Wie den neuen Kalten Krieg in seinen Anfängen stoppen? Friedenslogik, alternative Sicherheit, gemeinsame Sicherheit (Christiane Lammers, Köln)
16.30 Uhr	Pause
16.45 Uhr	Plenum: Berichte aus den AGs, Methode noch klären: „Markt der Möglichkeiten“ z.B. mit Tischen und Stichworten auf Plakaten für jede AG (BSV)
18.00 Uhr	Abendessen
19.00 Uhr	Offener Abend
Sonntag, 28.4.2024	
07.30 Uhr	Frühstück
09.00 Uhr	Konkrete Ansätze aus der Friedensbewegung / von uns. Was nehmen wir mit, was können wir tun? (BSV)
10.15 Uhr	Pause
10.30 Uhr	Mitgliederversammlung (öffentlich)
12.00 Uhr	Mittagessen und Abreise

Tagungsort: Jugendherberge Göttingen (Habichtsweg 2, 37075 Göttingen)

Teilnahmekosten und Anmeldung:

Tagungsgebühr und 2 Nächte im Doppelzimmer: 127 Euro

Einzelzimmer stehen nur sehr begrenzt zur Verfügung, bitte anfragen (Kosten: 137 Euro).

Tagungsgebühr ohne Übernachtung: 15 Euro plus Mahlzeiten

Anmeldung bitte per Email an info@soziale-verteidigung.de oder per Telefon an 0571-29 456.

“

Kriege sind nicht unvermeidlich. Sie waren es niemals. Unvermeidlich ist nur die Tatsache, dass der Friede unmöglich ist, wenn man glaubt, dass der Krieg ein unabwendbares Verhängnis ist.

*Michael Graf Della Torre-Valsassina (1757 - 1844),
italienischer Jesuit und Archäologe.*

”



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de